

Pressemitteilung

22. 3. 2010

pro familia Bayern legt Positionspapier vor **Familie zwischen Anspruch und Realität**

„Familie zwischen Anspruch und Realität“ lautet das Jahresthema 2010 von pro familia Bayern. „Dazu wird es Veranstaltungen, wie z.B. am 7. Juli eine öffentliche Fachtagung in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Bayern mit dem Titel **Alles unter einem Hut – Familienfreundliche Zeitpolitik als gesellschaftliche Herausforderung** geben“, berichtet Birgit Echtler, Geschäftsführerin des Landesverbandes. „Doch wir wollen nicht nur informieren und diskutieren, wir wollen auch klar zur aktuellen Familienpolitik Stellung beziehen. pro familia – der Name ist mehr als Programm.“ „Die zunehmend schwierige Situation vieler Familien spiegelt sich in den Sorgen und Nöten wider, mit denen die Ratsuchenden in die Ehe- und Familien- und in die Paarberatung der landesweit 17 pro familia-Beratungsstellen kommen“, sagt Echtler.

So hat der Landesvorstand ein Positionspapier erarbeitet, das auf der diesjährigen Mitgliederversammlung am 20. März in Nürnberg vorgestellt und verabschiedet wurde. **Darin fordert pro familia Bayern:**

1. Umfassende staatliche Anerkennung der unterschiedlichen Familienformen und -modelle

„Familie ist dort, wo Kinder sind. Familie und Familienformen sind in Bewegung, und es gilt die unterschiedlichen Bedürfnisse der vielfältigen Formen von Familie anzuerkennen“, betont die Vorsitzende des Landesverbandes, Annemarie Rufer. pro familia fordert auch das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Adoption.

2. Mehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten von Erwerbszeiten mit dem Ziel selbst bestimmter Familienplanung „Wir brauchen eine neue Zeitpolitik in der Arbeitswelt“, so Annemarie Rufer. „Sie muss die Bedürfnisse der Familie berücksichtigen und mehr Flexibilität für die individuellen Lebenssituationen bieten.“

3. Überarbeitung des Elterngeldes für Paare mit niedrigem Einkommen „Das Elterngeld hilft vor allem Menschen mit mittlerem Einkommen. Zeitgemäße Familienförderung muss alle Eltern berücksichtigen“, so der Landesvorstand.

4. Abschaffung des Ehegattensplittings sowie die Reduzierung weiterer Transferleistungen „Überholte Transferleistungen, wie z.B. das Ehegattensplitting, verhindern die gezielte und wirkungsvolle Weiterentwicklung von Kindergeld und –zuschlag zu einer Kindergrundsicherung sowie den Ausbau der Bildung, Erziehung und Betreuung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege und der Angebote für Vorschulkinder.“

5. Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz für Kinder unter drei Jahren sowie Schaffung wohnort- und betriebsnaher Kinderbetreuung. „In der Beratung von pro familia wird die mangelnde Kinderbetreuung immer noch als einer der Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch genannt“, berichtet der Vorstand.

6. Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen und Paare, die ALG II oder Sozialgeld beziehen „Das Menschenrecht auf selbstbestimmte Familienplanung, das den Zugang zu möglichst sicheren und bezahlbaren Verhütungsmethoden einschließt, muss allen Menschen offen stehen.“ so der Landesvorstand. Ein planmäßiges Ansparen für Verhütung sei aufgrund des eng bemessenen Regelsatzes für Arbeitslosengeld II und Sozialgeld in Höhe von 359 Euro pro Monat für einen alleinstehenden Erwachsenen nicht möglich.

Weitere Informationen sowie das Positionspapier:

pro familia Landesverband Bayern e.V.

Rumfordstraße 10

80469 München, Tel. 089 / 29 08 40 46, Fax 089 / 29 08 40 50

lv.bayern@profamilia.de, www.profamilia.de